

KLEINE ANFRAGEN

Grosse Zahl an Kleinen Anfragen

VADUZ – Zu folgenden Themen wurden gestern Fragen an die Regierung gerichtet:

Johannes Kaiser (FBP)

- Gewässerentwicklungskonzept «Esche»

Franz Hoeb (FBP)

- Anstellung von EU-Arbeitskräften und deren Kontrolle (Entsendegesetz)

Peter Lampert (FBP)

- Historien-Lehrmittel über 20. Jahrhundert
- Fuchstollwut-Vorkehrungen in FL
- Unaxis-Konzern und Regierung
- Revision des Gewerbegesetzes

Wendelin Lampert (FBP)

- Kontrolle in Gesundheitsbereich mittels detaillierter Patientenrechnung

Markus Büchel (FBP)

- Projekt Biogas-Anlage

Budolf Lampert (FBP)

- Reorg. der öffentlichen Arbeitsvermittlung
- Baustellenkoordination und Möglichkeit der Nacharbeit beim Strassenbau

Josy Biedermann (FBP)

- Mobilfunk-Studie

Boris Frommelt (FBP)

- Konzept Profil-Bildung an den Schulen
- Basisstufen/Neue Schulmodelle
- Revision der Lehrerbesoldung

Alois Beck (FBP)

- Behindertengleichstellungsgesetz
- Revision des Stifungsrechtes

Ivo Klein (VU)

- Informationspolitik der Regierung
- Fuss- und Radweg entlang ÖBB-Linie Schaan/Nendeln
- Umsetzung Basel II in Liechtenstein
- Koordination von Strassenbaustellen

Günther Kranz (VU)

- Sanierung Churer Strasse Nendeln
- Zuständigkeiten gemäss Baugesetz
- Entwicklungskonzept «Alpenrhein»

Doris Beck (VU)

- Staatliche Versicherungsausschreibungs-Methode

Hainz Vogt (VU)

- Bauausführungen/Landtagsgebäude-Neubau

Jürgen Beck (VU)

- Anwendung der Entsorgungsvorschriften im Fall Alphotel Gaflei

Gebhard Nögels (VU)

- Mobilfunk-Studie und NIS-Gesetz

Henrik Caduff (VU)

- LBA-Internetauftritt
- Massnahmen gegen Feinstaubbelastung
- Bahnübergang in Schaan/Zollstrasse

Marlies Amann-Marxer (VU)

- Fremdsprachige Eltern im Schulbereich

Harry Quaderer (VU)

- Präventive Massnahmen gegen Feuerbrand

Arthur Brunhart (VU)

- FL-Krankenkassen und ambulante Behandlungen im Ausland

Paul Vogt (FL)

- Personal-Aufwand für Umsetzung der EU-Richtlinien
- Mediengesetz-Gutachten
- Pensionskassensicherheit im Konkursfall
- Strassenreinigungsmaschinen/-mittel

Andrea Malt (FL)

- Fahrzeugzählung an der Ruggeller Strasse
- Gratis Bus-Jahresabo im Schulbereich
- Europäische Mobilitätswoche

Papa Frick (FL)

- Tarmed-Einführung
- Komplementär-Medizin und Grundversicherung in FL (mr)

Allein die Alterspflege...

Landtagsdiskussion zur Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden

VADUZ – Land und Gemeinden sind sich eigentlich einig: Die Aufgabenteilung muss neu geregelt werden. Der entsprechende Bericht und Antrag der Regierung wurde gestern im Landtag in 1. Lesung beraten. Die Alterspflege war dann fast der einzige Knoten, dessen Lösung bis zur zweiten Lesung noch zu diskutieren ist.

• Maria Hoeb

Das Eintreten auf den Bericht und Antrag der Regierung war gestern unbestritten. Der Regierungsbericht und -antrag zur Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden wurde in erster Lesung beraten.

Viele Köche verderben ...

Das Land und die Gemeinden nehmen heute Aufgaben im öffentlichen Interessen wahr. Bei einer grossen Zahl von diesen Aufgaben haben sowohl das Land wie auch die Gemeinden gemeinsam das Sagen. «Viele Köche verderben den Brei», sagte der Abgeordnete Markus Büchel (FBP) hinsichtlich des Umstandes der Mischverantwortungen. Zuständig sollte in der Regel nur einer sein und es sollte immer der sein, welcher auch das entsprechende Wissen hat. Dies bedinge die Entflechtung und Neuordnung der Zuständigkeiten, unterstützte Büchel gestern den Vorschlag der Regierung.

Für das Gesamte ein Optimum

Dabei betonte Büchel, dass es für ihn dabei selbstverständlich sei, dass «auch diejenigen, welche die Aufgabe übernehmen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden». Denn in der Regel führe eine Aufgabenteilung für die eine oder andere Seite zu einer Mehrbelastung beziehungsweise Entlastung. Entscheidend sei, dass für das Gesamte ein Optimum angestrebt werde. Dies ist mit dem Vorschlag der Regierung gegeben: Mit der vorliegenden Lösung hätten alle Gemeinden zusammen lediglich 1,1 Millionen Franken mehr zu tragen.

«Auf sehr gutem Weg»

Der Abgeordnete Günther Kranz (VU) begrüsst den Vorschlag zur Aufgabenteilung ebenfalls. Die Entflechtung bringe viele Vorteile, so etwa einen besseren Informationsfluss und administrative Erleichterungen.

Als einen wichtigen und richtigen Schritt im Sinne einer grundsätzlichen Überprüfung der Finanzbeziehung zwischen Land und Gemeinden bezeichnete Alois Beck (FBP) die Regierungsvorlage. Das Projekt der Entflechtung sei «auf sehr gutem Weg».

Auch von Seite der Freien Liste ging ein grundsätzliches Lob an die Regierung. Der Abgeordnete Paul Vogt lobte den Vorschlag zur Entflechtung ausdrücklich: «Wir sind auf einem guten Weg.»

Subsidiarität und Kleinheit

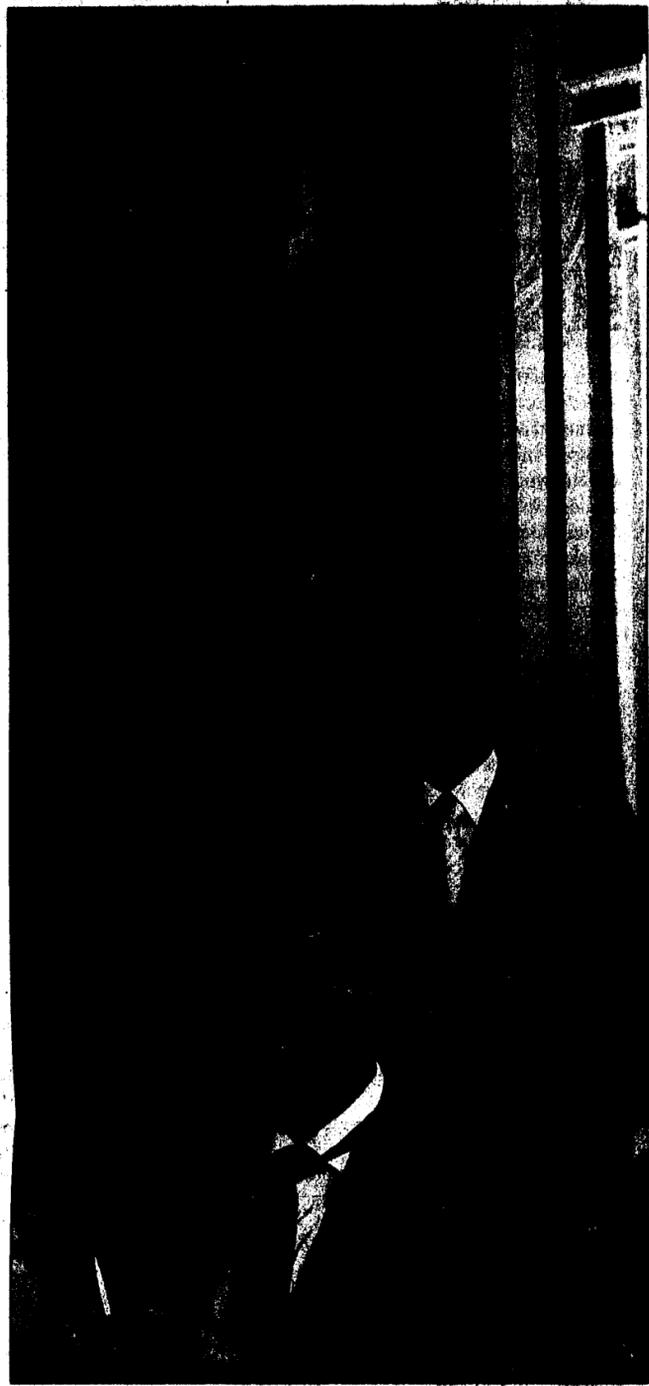
«Der Grundgedanke einer Aufgabenteilung zwischen dem Land und Gemeinden ist sicherlich begrüssenswert», meinte der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert während seines Votums.

Mit «sicherlich» tönte er die Punkte an, die beim Projekt Entflechtung der Zuständigkeiten von einigen Abgeordneten kritisch angemerkt wurden. Der Teufel liege bekanntlich im Detail, so Lampert.

Für ihn ist so ein Detail das Prinzip der Subsidiarität, das heisst: Aufgaben sollen nur dann der übergeordneten Ebene (z.B. Staat) übertragen werden, wenn diese die Aufgaben besser erfüllen kann als die untergeordnete Ebene (z.B. Gemeinde). Für Lampert ist es jedoch fraglich, ob das Subsidiaritätsprinzip in «unseren kleinen Verhältnissen» von 11 Gemeinden und 36 000 Einwohnern «im Sinne des Erfinders» ist. Lampert glaubt, dass es mit der Aufgabenteilung zu Insellösungen in den einzelnen Gemeinden kommen könnte. «Deshalb komme ich zum Schluss, dass Aufgaben zentral – sprich in einer Vereinigung wie zum Beispiel die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe oder beim Land – eher effizient gelöst werden können», so Lampert. Er sprach damit auf den einzigen grossen Streitpunkt der Vorlage an: Neu sollen die gesamten Kosten der stationären Altersbetreuung zur Gänze von den Gemeinden getragen werden. Die Regierung vertritt die Meinung, dass die stationäre Alterspflege seit jeher eine klassische Aufgabe der Gemeinden darstellt.

Keine Entsolidarisierung, sondern Stärkung der LAK

Als eine Gefahr sieht Lampert, dass es mit der Entflechtung im Alterspflegebereich zu einer «unterschiedlichen Behandlung» in den einzelnen Gemeinden komme und somit die Gleichbehandlung im



Der Regierungsvorschlag ist «kein Experiment», so Markus Büchel (FBP), und ein ausgewogenes Gesamtpaket, so Alois Beck (FBP, stehend).

Land nicht mehr gegeben sei. Im Weiteren führe eine solche Vorgehensweise zu einer Entsolidarisierung im Land, was nicht das Ziel sein könne. Diese Sichtweise hatte auch die LAK in ihre Stellungnahme während der Vernehmlassung verlaubar.

Dieser Argumentation widersprach Regierungschef Hasler gestern ausdrücklich. Es gehe bei der Aufgabenteilung um die langfristige Zuordnung von Aufgaben. Von einer Entsolidarisierung könne und dürfe nicht die Rede sein. Der Staat verabschiede sich auch nicht aus der Alterspolitik, das Gegenteil sei der Fall, «er engagiert sich stärker». Die angesichts der demographischen Entwicklung zunehmenden Aufgaben rechtfertigten, dass sich der Staat aus der stationären Alterspflege zurückziehe. Dass der Staat trotzdem weiterhin in der LAK bleibe, sei durchaus vorstellbar, so Hasler. Im Übrigen leiste das Land, unter anderem mit dem 50-Prozent-Anteil an Investitionen und Neubauten, immer noch einen wesentlichen Anteil im Bereich Alterspflege.

Relatives Verständnis für Gemeinden

Einige Abgeordnete, so auch Doris Frommelt (FBP), äusserten gestern Verständnis gegenüber den Gemeinden, die mit der demographischen Entwicklung vor Augen

einen enormen Anstieg in der Alterspflege sehen. «Auf der anderen Seite trägt aber auch das Land die immer höheren und in Zukunft ebenfalls steigenden und schwer berechenbaren Kosten der AHV allein», nannte Frommelt das andere Szenario.

Die wenigen anderen Punkte, die gestern in erster Lesung angesprochen wurden, will die Regierung klären.

Es klappt nur gemeinsam

Aus der Sicht des Abgeordneten Markus Büchel (FBP) stellt der gestern behandelte Bericht und Antrag der Regierung «kein grosses Experiment» dar. Auch was die LAK angeht, sieht er positiv: «Die Dachorganisation in der Alterspflege der Gemeinden ist diejenige, die in Zukunft die Subventionen für Neubauten erhalten wird.» Damit sei der Zwang zum Erhalt der sehr guten Alterspflege und die Gewähr für eine gemeinsame Politik in der Alterspflege gegeben.

Ebenso sieht es Regierungschef Otmar Hasler. Mit der vorgeschlagenen Lösung soll auch weiterhin gewährleistet bleiben, dass das Alterwerden in den Gemeinden stattfinden kann. Auf die Alterspolitik würden grosse Aufgaben zukommen und dabei sei die LAK «nicht mehr wegzudenken». «Letztendlich klappt es nur gemeinsam.»



Die FBP-Abgeordnete Boris Frommelt (rechts) schilderte gestern sowohl Pro- als auch Contra-Argumente betreffend Alterspflege und Entflechtung.